

BerlinAktuell



Arbeitnehmer als Unternehmer

- **Matthäus Strebl:** Mitarbeiterbeteiligung voranbringen
- **Michaela Noll:** Joschka Fischer und der Visa-Ausschuss
- **Uwe Schummer:** Ein Gesetz für Chefs und Azubis
- **Schröders Bilanz - Ein Ende mit Schrecken**

Politische Informationen der Bundestagsabgeordneten
Michaela Noll, Uwe Schummer und Matthäus Strebl



Arbeitnehmer als Unternehmer

Eigentum für alle. Arbeitnehmer als Mitunternehmer. Für dieses Ziel hat die Union eine neue Offensive gestartet. Gewinner sind auf jeden Fall beide - Arbeitnehmer und Arbeitgeber -, wenn Mitarbeiter an ihrem Unternehmen beteiligt werden.

„Mit der Mitarbeiterbeteiligung kann die Kapitalstruktur vieler Firmen verbessert werden“, sagt Matthäus Strebl, CSU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Christlichen Gewerkschaftsbundes. Gerade für mittelständische Unternehmen wird es immer schwieriger, Kredite zu bekommen. Das liegt auch an den neuen Vergaberichtlinien der Banken, dem Basel-II-Abkommen. Die Banken legen strengere Qualitätsmerkmale an oder verlangen höhere Sicherheiten.

So liegt die Eigenkapitaldecke kleiner und mittlerer Unternehmen in den neuen Bundesländern

oft unter zehn Prozent. Die Folge kann sein, dass Geld für Investitionen fehlt. Und wenn ein großer Kunde zu spät zahlt, drohen Liquiditätsengpässe oder sogar die



Insolvenz.

Mitarbeiter können helfen, dies abzuwenden und gleichzeitig ihre Arbeitsplätze sichern. „Für sie kann die Beteiligung ein fairer Ausgleich für Lohnzurückhaltung sein oder für die

Bereitschaft, länger zu arbeiten“, schlägt Matthäus Strebl vor. Sie werden angemessen am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt und profitieren von den Erträgen ihres Kapitals. Gleichzeitig erhöht sich die Motivation, für „ihr“ Unternehmen zu arbeiten. Wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung herausgefunden hat, steigert sich dadurch die Produktivität des Unternehmens.

Matthäus Strebl betont, dass nicht kurzfristige Gewinne, sondern die langfristige Unternehmenssicherung im Interesse von Kapitalgebern und Arbeitnehmern sei. „Die Beteiligung von Mitarbeitern sorgt für nachhaltige und qualitativ hochwertige Beschäftigung in Deutschland.“ Ein weiterer Vorteil: Neid-Debatten über Manager-Gehälter, die den Ruf der deutschen Wirtschaft belasten, werden überflüssig.

Neue Zeiten brauchen visionäre Modelle. Matthäus Strebl hat das Konzept der Mitarbeiterbeteiligung für die CDU und ihr Regierungsprogramm mitentwickelt. Es kann auch zur privaten Altersvorsorge der Angestellten eingesetzt werden. Eigenkapital-

modelle können entsprechend ausgestaltet werden. Derzeit fehlen allerdings noch politische Rahmenbedingungen dafür.

Um Investivlöhne als Altersvorsorge einzusetzen, müsste die Förderung der Riesterrente hierfür genutzt werden. Fast zehn Milliarden Euro stünden der Förderung zusätzlich zur Verfügung. Dies fordert die Union in einem Antrag, den Uwe Schummer und Matthäus Strebl in den Deutschen Bundestag eingebracht haben. Und die CDU hat angekündigt, die Umsetzung nach einer Regierungsübernahme anzugehen. Derzeit beteiligen etwa erst 2000 Unternehmen ihre Mitarbeiter. Die vielen Vorteile sind noch zu wenig bekannt – in Büros, Fabrikhallen und auf Vorstandsfluren.

Chancen der Beteiligung:

- Unternehmen erhöhen ihr Eigenkapital
- Angestellte werden besser motiviert
- Langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen
- Investivlöhne werden als Altersvorsorge genutzt



Joschka Fischer und die Visa-Affäre

Die CDU/CSU-Fraktion war auf der Suche nach der Wahrheit im Untersuchungsausschuss zum Visa-Skandal. Minister konnten verhört werden, weil die Opposition ein wichtiges Recht nutzte, um der Regierung auf die Finger zu schauen. Die Bundestagsabgeordnete Michaela Noll berichtet aus dem Ausschuss:

„Seit Monaten haben wir versucht, Licht ins Dunkel zu bringen. Dafür werden bei einer Sitzung meistens vier Zeugen

vernommen. Das dauert häufig zwischen 14 und 17 Stunden – manchmal auch die ganze Nacht“, erzählt die Bundestagsabgeordnete. Es geht um die Folgen des so genannten „Fischer-Erlasses“. Er schrieb den Botschaften vor: „Im Zweifel für die Reisefreiheit.“ Dadurch konnten massenhaft Schwarzarbeiter und zur Prostitution gezwungene Frauen nach Deutschland einreisen – getarnt als Touristen.

„Visa-Missbrauch wird es solange geben, wie es Visa gibt.



Michaela Noll (dritte v.l.) im Visa-Ausschuss.

Foto: Bundestag

Entscheidend ist aber, ob die Politik, wie unter der Regierung Kohl/Kinkel, den Missbrauch bekämpft oder ihn, wie Rot/Grün, erleichtert“, meint Michaela Noll. Fest steht: Unter Fischer und Schily wurde europäisches Verfassungsrecht gebrochen, das **Schleuserwesen** begünstigt und viele Warnungen und Hilferufe der deutschen Ausländervertretungen über Jahre hinweg einfach ignoriert.

Die aufschlussreichsten Befragungen waren die von Innenminister Otto Schily und Außenminister Joschka Fischer. Noll und ihren CDU-Kollegen gelang es, Fischer zum Reden zu bringen. Er räumte persönliche Fehler ein

und gab zu, dass der massenhafte Visa-Missbrauch auf einen fehlerhaften Erlass des Auswärtigen Amtes – seiner Behörde – zurückzuführen ist. „Seine Aussage hatte **Geständnischarakter**. Wenn es eng wurde, flüchtete er sich in Angriffe auf die Opposition oder schob Gedächtnislücken vor“, erinnert sich Michaela Noll. Der Außenminister lehnte es ab, Konsequenzen zu ziehen. „Fischer macht so die Wahrnehmung von politischer **Verantwortung** wertlos“, wertet die Rechtsanwältin Noll. Dabei habe Rot/Grün nicht nur dem Vertrauen der Menschen in die Einwanderungspolitik geschadet, sondern auch dem Ansehen Deutschlands in Europa.

Stichwort Untersuchungsausschuss

- Nach Artikel 44 **Grundgesetz** kann der Bundestag einen Untersuchungsausschuss einrichten, wenn ein Viertel der Mitglieder ihn beantragt. Wie vor Gericht werden Zeugen vorgeladen und vereidigt.
- Die „**Berliner Stunde**“ hat 62 Minuten. Das ergibt sich aus der proportionalen Verteilung der Redezeiten. Je nach Größe bekommen die Fraktionen unterschiedliche Zeiten zugeschrieben: SPD und Grüne: 32 Minuten, CDU/CSU: 24 Minuten, FDP: 6 Minuten.
- Ins Rollen kam der Skandal durch das **Kölner Urteil** gegen einen Schleuser. „Das war ein kalter Putsch der politischen Leitung des Auswärtigen Amtes gegen die bestehende Gesetzeslage“, erklärte der Kölner Richter in der Urteilsbegründung.



Ein Gesetz für Chefs und Azubis

**Seit April ist das neue Berufs-
bildungsrecht in Kraft. Uwe
Schummer, Bundestagsabge-
ordneter und Vorstandsmit-
glied der CDU-Sozialausschüs-
se, hat es auf den Weg gebracht.
Für Betriebe wird Ausbildung
einfacher und interessanter, für
Jugendliche chancenreicher.
Die wichtigsten Änderungen
im Überblick:**

Die maximale **Probezeit** wird auf vier Monate verlängert. Arbeitgeber und Auszubildende haben mehr Zeit, sich besser kennen zu lernen. Hiermit wird dem verstärkten Blockunterricht Rechnung getragen. Die Zahl der Ausbildungsabbrecher von 25 Prozent soll gesenkt werden.

Die Ausbildung wird in **Stufen** eingeteilt. Azubis bekommen für eine Teilprüfung ein IHK-Zeugnis. Beenden sie die Ausbildung vorzeitig, haben sie die Chance, später den Abschluss über die Weiterbildung zu erreichen. Das Alles-oder-Nichts-Prinzip wird

durchbrochen.

Die **Abschlussprüfung** wird gestreckt. Nach zwei Jahren werden Grundlagen abgefragt, in der Abschlussprüfung geht es dann um berufstypische Handlungskompetenzen. Aufwändiges Wiederholen vor der Schlussprüfung entfällt; der Auszubildende muss von Anfang an Leistung bringen.

Verbundausbildung wird aufgewertet: Mehrere Betriebe können sich zusammenschließen und Ausbildungsplätze bereitstellen.

Leistungsstarke Auszubildende können in Absprache mit dem Betrieb **Zusatzqualifikationen** erwerben. Das stärkt die Ausbildung im Vergleich zum Studium. Die Qualifikationen, zum Beispiel Fortbildungen, werden geprüft und bescheinigt.

Auszubildende können mehrere Monate im **Ausland** verbringen, wenn der Betrieb zustimmt. Dies fördert die internationale Kompetenz der Berufsausbildung.

Ein Ende mit Schrecken: Schröders Bilanz

Fünf Millionen Arbeitslose, das ist die Bilanz von Rot-Grün. Schröder wollte sich am Abbau der Arbeitslosigkeit messen lassen. Da ist es konsequent, dass es jetzt Neuwahlen gibt. In der SPD-Fraktion im Bundestag und in den Ministerien herrscht Untergangsstimmung.

700 sozialversicherungspflichtige **Stellen wandern ab** - pro Tag. Das geht seit 50 Monaten so und ist einmalig in der deutschen Geschichte. Die Wachstumsprognosen müssen regelmäßig korrigiert werden – nach unten. Es gab nur eine Nachricht, die in letzter Zeit für positive Stimmung in der Wirtschaft gesorgt hat: die Nachricht von Neuwahlen.

Nach derzeitigem Stand werden im September erneut 30.000 Schulabgänger keinen **Ausbildungsplatz** bekommen. Die Bundesregierung verschärft die Lage. Sie muss dafür werben, dass das neue Berufsbildungsgesetz umgesetzt wird. Es gibt kaum Stu-

fenausbildungen, die Abbrechern einen Zwischenabschluss ermöglichen und Hauptschülern den Zugang zur Berufsausbildung erleichtern. SPD heißt immer mehr Staat.

Unter **Bürokratieabbau** versteht die rot-grüne Regierung Folgendes: 280 Gesetze und 903 neue Rechtsverordnungen in den letzten zwei Jahren. Außer Kraft gesetzt wurden nur 55 Gesetze und 233 Verordnungen. 46 Milliarden Euro pro Jahr kostet der alltägliche Bürokratiewahnsinn in Deutschland. 84 Prozent davon tragen die mittelständischen Unternehmen. Die Union will eine Entrümpelung der über 90.000 Paragraphen.

Die CDU hat durchgesetzt, dass **Hartz IV** verbessert wird. Langzeitarbeitslose dürfen jetzt mehr hinzuverdienen. „So kommen die Menschen wieder auf den Arbeitsmarkt. Und wir bekämpfen die Schwarzarbeit“, erläutert Uwe Schummer.

BerlinerBlick



Matthäus Strebl

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 755 05
Fax: 030 - 227 760 09

matthaeus.strebl@bundestag.de
www.matthaeus-strebl.de

Wahlkreisbüro Eggenfelden
Bezirksamtsgasse 1
84307 Eggenfelden
Telefon: 08721 - 2139
Fax: 08721 - 910 828

Michaela Noll

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 757 89
Fax: 030 - 227 761 22

michaela.noll@bundestag.de
www.michaela-noll.de

Wahlkreisbüro Mettmann
Goethestraße 16
40822 Mettmann
Telefon: 02104 - 833250
Fax: 02104 - 833249



Uwe Schummer

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 734 84
Fax: 030 - 227 769 92

uwe.schummer@bundestag.de
www.uwe-schummer.de

Wahlkreisbüro Viersen
Goetersstraße 54
41747 Viersen
Telefon: 02162 - 29011
Fax: 02162 - 18989

